

Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

BRIEFING FÜR JOURNALIST*INNEN

DER AG GLOBALE VERANTWORTUNG ZUR NR-WAHL 2024  19.08.2024

Impressum

Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** ist der Dachverband von 36 österreichischen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe sowie entwicklungspolitischer Inlandsarbeit und Bildung. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich 1.000 Projekte in über 120 Ländern der Welt durch und tragen zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten bei.

Herausgeberin

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

BÜRO Apollogasse 4/9, 1070 Wien **TELEFON** +43 1 522 44 22–0

EMAIL office@globaleverantwortung.at **WEBSITE** www.globaleverantwortung.at

FACEBOOK [globaleverantwortung](https://www.facebook.com/globaleverantwortung) **LINKEDIN** [globaleverantwortung](https://www.linkedin.com/company/globaleverantwortung)



Österreichs globale Verantwortung:

Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

Dieses Briefing bietet Journalist*innen Fakten und Fragestellungen über die österreichische Außen- und Entwicklungspolitik und soll im Nationalratswahlkampf 2024 dazu anregen, diese in Diskussionen und Interviews mit den Spitzenkandidat*innen der Parteien zu thematisieren. Es baut auf **entwicklungspolitischen Forderungen** auf, die sich an die nächsten Abgeordneten zum Nationalrat und die künftige österreichische Bundesregierung richten.

Inhaltsverzeichnis

○ Prinzipientreue und bedarfsgerechte Humanitäre Hilfe sicherstellen	4
○ Mit Entwicklungspolitik für mehr Stabilität in der Welt sorgen	7
○ Klimagerechtigkeit als globale Verantwortung priorisieren	11
○ Demokratie fördern und Zivilgesellschaft stärken	13

Österreichs globale Verantwortung im Fokus des entwicklungspolitischen Dachverbands

Konflikte und Kriege, die Klimakrise, Gesundheits- und Schuldenkrisen, zunehmender Hunger sowie steigende Armut und Ungleichheiten: **Wir alle haben die Krisen satt. Sie verstärken das Gefühl der Unsicherheit, lassen sich aber nicht durch eine Stopptaste oder durch Abschottung bewältigen.**

Ganz im Gegenteil: Unter anderem verursachen wohlhabende Länder wie Österreich über 80% der globalen CO₂-Emissionen¹ und verantworten daher die Klimakrise zum überwiegenden Teil.

Die Auswirkungen sind gravierend:

- Sollte die globale Erderhitzung um 2°C steigen, **könnten über eine Milliarde Menschen hungern.**²
- Laut FAO hatten im Jahr 2023 **bis zu 757 Mio. Menschen nicht genug zu essen.**³ Das sind mehr Menschen, als in Europa leben, und immer noch weit mehr als vor der COVID-19-Pandemie.
- Mehr als **eine Milliarde Menschen gelten als multidimensional arm.**⁴
- Nach Angaben von UN OCHA sind heuer **knapp 300 Mio. Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen,**⁵ doch sind nur 40% des humanitären Finanzierungsbedarfs gedeckt.⁶ Das bedeutet, dass nicht einmal die Hälfte der Menschen, die Hilfe benötigen, diese erhalten.

1 DeStatis (03.11.2022): Treibhausgase: G20 verursachen 81% der globalen CO₂-Emissionen. Abgerufen unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html, Zugriff am 25.07.2024

2 Lukas Eichelter (04.12.2018): 3 Lösungen gegen Klimafolgen! So einfach erklärt, als wären sie nicht kompliziert. Abgerufen unter: <https://medium.com/world-food-programme-insight-german/3-l%C3%B6sungen-gegen-klimafolgen-so-einfach-erkl%C3%A4rt-als-w%C3%A4ren-sie-nicht-kompliziert-36e4974c6165>, Zugriff am 11.07.2024

3 FAO (2024): Hunger and food insecurity. Abgerufen unter: <https://www.fao.org/hunger/en/>, Zugriff am 25.07.2024

4 **Multidimensionale Armut berücksichtigt den Zugang zu Gesundheitsversorgung (inklusive Ernährungssicherung) und Bildung sowie den Lebensstandard der Einwohner*innen eines Landes.** Siehe Reliefweb (11.07.2023): Global Multidimensional Poverty Index 2023 – Unstacking global poverty: Data for high impact action. Abgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/world/global-multidimensional-poverty-index-2023-unstacking-global-poverty-data-high-impact-action>, Zugriff am 24.07.2024

5 UN OCHA (11.12.2023): Global Humanitarian Overview 2024. Abgerufen unter: <https://www.unocha.org/publications/report/world/global-humanitarian-overview-2024-enarfres>, Zugriff am 11.07.2024

6 European Humanitarian Forum (März 2024): Addressing the Global Humanitarian Funding Gap. Abgerufen unter: <https://europeanhumanitarianforum.eu/files/system-files/EHF-2024-Addressing-the-Global-Humanitarian-Funding-Gap.pdf>, Zugriff am 11.07.2024



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

Diese Menschen wollen, genauso wie wir in Österreich, in einer sicheren Welt leben.

Vor diesem Hintergrund sind die **künftige Bundesregierung und der Nationalrat gefordert**, die globalen Krisen und ihre Auswirkungen auf arme und notleidende Menschen ernst zu nehmen, deren Regierungen die Mittel fehlen, um ausreichend in Gesundheits- und Sozialsysteme investieren zu können. Das bedeutet, **nicht nur die Symptome der Krisen in Österreich zu bekämpfen, sondern auch deren Ursachen anzupacken**. Mit der akuten Humanitären Hilfe (s. S. 4) und langfristigen Entwicklungszusammenarbeit (EZA, s.S. 7) stehen dafür längst treffsichere und wirksame Instrumente bereit. Die Höhe des zugewiesenen entwicklungspolitischen Budgets bestimmt zum Beispiel darüber, wie viele Menschen rechtzeitig aus Konflikt- und Katastrophengebieten evakuiert und versorgt werden, wie viele Menschen durch nachhaltige Landwirtschaft genug zu essen haben oder wie viele Kinder zur Schule gehen und später einen Beruf erlernen.

Humanitäre Hilfe und EZA können aber nur dann langfristig wirken, wenn sie die **lokale Zivilgesellschaft stärken (s. S. 13) und wenn auch die Maßnahmen und Ziele anderer Politikbereiche eine nachhaltige Entwicklung in Ländern des Globalen Südens fördern (s. S. 8)**. Noch immer haben zum Beispiel die Handels- und Investitionspolitik wohlhabender Länder negative Auswirkungen auf ärmere Länder, während sie von deren Rohstoffen und anderen Ressourcen profitieren. Das schadet Österreichs internationaler Glaubwürdigkeit und untergräbt Erfolge der Humanitären Hilfe und EZA.

Erfährt die österreichische Entwicklungspolitik in der nächsten Legislaturperiode hingegen eine quantitative wie qualitative Aufwertung, kann **Österreich seine Position als verlässlicher Partner armer und fragiler Länder festigen, weltweit zu menschlicher Sicherheit beitragen und selbst von einer stabileren Weltordnung profitieren**. Dadurch wird die Regierung ihrer *globalen Verantwortung* gerecht und stärkt Österreich in einer vernetzten Welt.

Wir alle haben die globalen Krisen satt. Wir wollen in einer sicheren Welt leben. Österreich packt an: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

FRAGEN AN POLITIKER*INNEN

Jedes Kapitel schließt mit möglichen entwicklungspolitischen Fragen an Politiker*innen. Zum Beispiel:

- Wie wichtig ist Ihnen Österreichs Rolle auf der internationalen Bühne? Ist die *Hilfe vor Ort* nicht eine Chance, sich auf der internationalen Bühne als ein neutrales Land zu positionieren, das glaubwürdig zu mehr Stabilität und Sicherheit in der Welt beiträgt?
- Liegt es angesichts von Österreichs langer Tradition in der Humanitären Hilfe nicht nahe, die humanitären Kompetenzen und damit Österreichs Beitrag für notleidende Menschen in Krisengebieten weiter auszubauen?
- Die Klimakrise macht nicht an Grenzen halt. Sind Sie dafür, arme Länder stärker zu unterstützen, damit sie Wetterextremen besser vorbeugen und sich schützen können?



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

Prinzipientreue und bedarfsgerechte Humanitäre Hilfe sicherstellen

Die steigende Zahl humanitärer Krisen destabilisiert ganze Länder und Regionen. Doch wird 2024 nicht einmal der Hälfte der fast 300 Mio. Menschen auf der Welt,⁷ die Humanitäre Hilfe zum Überleben brauchen, diese auch zuteil. Nur 40% des gesamten **humanitären Finanzierungsbedarfs** für ihre Versorgung sind gedeckt.⁸ Im Jahr 2023 befanden sich 60% der weltweit 114 Millionen geflüchteten und intern vertriebenen Menschen in Ländern, in denen die Klimakrise die Lebensgrundlagen der Bevölkerung bedroht.⁹ Etwa in Somalia, wo Humanitäre Hilfe im Jahr 2023 eine Hungersnot infolge der schlimmsten Dürre seit 40 Jahren vorerst verhinderte und dadurch unzählige Menschenleben rettete.¹⁰



Source: Source: Global Humanitarian Overview/ UN OCHA Financial Tracking Service

Menschen, die Humanitäre Hilfe benötigen (gelb, in Mio. Menschen), werden der humanitären Finanzierungslücke (rot, in Prozent) gegenübergestellt.
QUELLE: europeanhumanitarianforum.eu

Dass Humanitäre Hilfe schon immer dem Spannungsfeld zwischen lokalen Realitäten und internationaler Politik ausgesetzt ist, häufen sich derzeit Fälle, in denen unterschiedliche Akteur*innen das **Humanitäre Völkerrecht** verletzen. Dieses spricht der Zivilbevölkerung, den Angehörigen von Hilfsorganisationen, aber auch medizinischen und zivilen Einrichtungen Schutz in Konflikten zu und muss kontinuierlich eingemahnt werden. Der damit verbundene **Humanitäre Imperativ** besagt, dass allen Menschen der Zugang zu Humanitärer Hilfe zu ermöglichen ist, wobei Hilfsorganisationen an die **Humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität** gebunden sind.¹¹ Trotz der Unverhandelbarkeit des Humanitären Völkerrechts, des Imperativs und der Prinzipien verwehren politische und andere Akteur*innen humanitären Hilfsorganisationen oft den Zugang zu Menschen, die Hilfe benötigen. Etwa in der Ukraine, im Sudan und im Gazastreifen. Immer öfter werden auch ihre Mitarbeiter*innen zur Zielscheibe. **Heuer kamen bereits bis zu 170 humani-**

7 UN OCHA (11.12.2023): Global Humanitarian Overview 2024. Abgerufen unter: <https://www.unocha.org/publications/report/world/global-humanitarian-overview-2024-enarfres>, Zugriff am 11.07.2024

8 Siehe Fußnote 6.

9 UNHCR (22.05. 2024): Climate crisis fuels flooding and deepens displacement. Abgerufen unter: <https://www.unhcr.org/news/stories/climate-crisis-fuels-flooding-and-deepens-displacement>, Zugriff am 22.07.2024

10 UNICEF (o.D.): Somalia: Kinder vor Hunger schützen. Abgerufen unter: <https://www.unicef.de/informieren/projekte/afrika-2244/somalia-19334/hunger-in-somalia/13076>, Zugriff am 22.07.2024

11 Welthungerhilfe (o.D.): Humanitäre Hilfe. Abgerufen unter: <https://www.welthungerhilfe.de/informieren/themen/humanitaere-hilfe>, Zugriff am 22.07.2024



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

täre Einsatzkräfte ums Leben, 64 wurden entführt und 86 verletzt.¹² Zu ihrem Gedenken etablierte die UNO den Welttag der Humanitären Hilfe am 19. August infolge eines Anschlags in Bagdad auf humanitäre UN-Einsatzkräfte im Jahr 2003.

Seit Herbst 2023 schafft die erste **Strategie der Humanitären Hilfe Österreichs** eine Grundlage, um auf diese negative Tendenzen sowie auf immer länger andauernde oder gar vergessene Krisen besser reagieren und beispielsweise ergänzende Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit leisten zu können (*HDP-Nexus*¹³). Der Strategie liegt ein vorausschauendes (antizipatorisches), präventives und umfassendes Verständnis von Humanitärer Hilfe zugrunde, das die Weichen für ein **koordiniertes Vorgehen in Konflikt- und Katastrophengebieten** stellt. Dazu zählen Investitionen in das Know-how sowie die technische Unterstützung lokaler Hilfsorganisationen, die im Krisenfall akute Nothilfe leisten, bevor die angeforderte internationale Verstärkung eintrifft. Denn **Österreich hat sowohl im In- als auch im Ausland den nötigen Erfahrungs- und Wissensschatz im Katastrophenschutz aufgebaut, der weltweit stark nachgefragt ist**. So kommen auch hierzulande bei Extremwetterereignissen vorausschauende und präventive Maßnahmen zum Einsatz, die verheerende Folgen verringern oder gar verhindern können.

DIE HUMANITÄREN PRINZIPIEN

Menschlichkeit: Das Ziel der Humanitären Hilfe ist, Leben zu retten und Leid, wo immer möglich, zu lindern.

Unparteilichkeit: Hilfe und Unterstützung richtet sich allein nach der Bedürftigkeit und darf beispielsweise nicht zwischen Bevölkerungsgruppen oder Religionszugehörigkeit unterscheiden.

Neutralität: In Konfliktsituationen wird weder Partei ergriffen, noch werden bestimmte Seiten bevorzugt behandelt. Die Wahrnehmung der Hilfsorganisationen als neutral schützt die Hilfeleistenden.

Unabhängigkeit: Die humanitären Ziele einer Hilfsorganisation sind unabhängig von politischen, militärischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Zielen.

QUELLE: www.welthungerhilfe.de

Jahresvergleich: Österreichs Mittel für Humanitäre Hilfe, die über den AKF vergeben worden sind

2019	2020	2021	2022	2023	2024*
15 Mio. €	50 Mio. €	67,5 Mio. €	105 Mio. €	77,5 Mio. €	80 Mio. €

Tatsächliche Mittel, die über den AKF im jeweiligen Jahr vergeben worden sind. *Von den für 2024 budgetierten 80 Mio. Euro sind erst 46,5 Mio. Euro zugesagt bzw. vergeben worden (Stand 22.07.2024). QUELLE: www.entwicklung.at

Der primäre Finanztopf, mit dem die Regierung die Humanitäre Hilfe österreichischer wie internationaler Hilfsorganisationen im Ausland unterstützt, ist der **Auslandskatastrophenfonds (AKF)**. Die aktuelle Regierung reagierte auf die dringenden Appelle der Zivilgesellschaft und erhöhte die Mittel des

¹² www.aidworkersecurity.org, Zugriff am 06.08.2024. Siehe auch: Humanitarian Outcomes (Jul. 2023): Figures at a Glance 2023. Abgerufen unter: https://humanitarianoutcomes.org/figures_at_a_glance_2023, Zugriff am 22.07.2024

¹³ Der HDP-Nexus verbindet Maßnahmen der Humanitären Hilfe (*Humanitarian Aid*), EZA (*Development*) und Friedensarbeit (*Peace*), um Menschen in langanhaltenden Krisen eine Lebensperspektive zu geben.



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

AKF von 15 Mio. Euro (2019) auf 80 Mio. Euro, die für 2024 budgetiert sind. Die aktuelle Regierung wollte die Mittel des AKF schrittweise von 15 Mio. Euro (2019) auf 60 Mio. Euro im Jahr 2024 aufstocken.¹⁴ Angesichts der globalen Krisen stellte sie aber mehr Mittel bereit als sie ursprünglich zugesagt hatte – für 2024 sind 80 Mio. Euro budgetiert.¹⁵

Als eines der wohlhabendsten Länder der Welt **zählt Österreich dennoch nicht zu den größten Geberländern**. Laut OECD beliefen sich **Österreichs öffentliche Entwicklungshilfeleistungen für die Ukraine** in den Jahren 2022 und 2023 auf insgesamt 140 Mio. US-Dollar, davon 50 Mio. US-Dollar für Humanitäre Hilfe. Die Schweiz stellte 397 Mio. und Schweden sogar 445 Mio. US-Dollar (davon 153 Mio. bzw. 211 US-Dollar für Humanitäre Hilfe).¹⁶

Wie Österreich anpacken kann: Unsere Forderung für die Humanitäre Hilfe¹⁷

Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, sich entschieden für Humanitäre Hilfe sowie weltweite Katastrophenprävention einzusetzen. Es ist unabdingbar, dass Österreich seine Ressourcen und Bemühungen verstärkt, um effektiv auf akute Notlagen reagieren, das Leben von Menschen schützen und langfristig ihre Sicherheit gewährleisten zu können.

Mögliche Fragen an Politiker*innen zu Österreichs Humanitärer Hilfe

- *Die Schweiz – wie Österreich ein kleiner, neutraler Staat – hat 2024 eine internationale Ukraine-Konferenz organisiert, ein Vielfaches mehr für Humanitäre Hilfe in der Ukraine aufgewendet und war auf dem internationalen Parket viel sichtbarer. Sollte das nicht auch unser Anspruch sein und ist Österreich mit seiner Darstellung, ein gleichermaßen engagierter humanitärer Akteur zu sein, nicht ein Trittbrettfahrer?*
- *Österreich hat eine lange Tradition in der Humanitären Hilfe und verfügt dadurch über einen nachgefragten Wissens- und Erfahrungsschatz. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Österreich entlang der Humanitären Hilfe zu einem echten internationalen "Anpacker" wird?*
- *Österreich hat den Auslandskatastrophenfonds in der letzten Legislaturperiode deutlich aufgestockt. Werden Sie diesen Kurs angesichts der zahlreichen weltweiten Krisen fortsetzen?*
- *Hilfsorganisationen berichten vom eingeschränkten Zugang zu Krisengebieten und von Angriffen auf ihre Mitarbeiter*innen. Wie will Ihre Partei mit Akteur*innen umgehen, die das Humanitäre Völkerrecht missachten?*

¹⁴ AG Globale Verantwortung (2021): Jahresbericht 2020. Abgerufen unter: https://www.globaleverantwortung.at/wp-content/uploads/aggv_jahresbericht_2020_ES_H.pdf#page=11, Zugriff am 22.07.2024

¹⁵ **Daran anknüpfend empfiehlt die AG Globale Verantwortung der nächsten Regierung eine schrittweise Erhöhung des AKF auf 200 Mio. Euro bis 2030, damit Österreich weiterhin adäquat auf immer länger andauernde Krisen reagieren kann.** Siehe AG Globale Verantwortung (27.05.2024): Österreichs globale Verantwortung in einer vernetzten Welt. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/forderungen-nr-wahl-2024-verantwortung-in-einer-ernetzten-welt/>, Zugriff am 22.07.2024

¹⁶ **Die Zahlen für 2023 sind vorläufig. Die Endgültigen wird die OECD im Dezember 2024 veröffentlichen.** OECD (11.04.2024): ODA Levels in 2023 – preliminary data Detailed summary note. Abgerufen unter: <https://www.developmentaid.org/api/frontend/cms/file/2024/04/ODA-summary-2023.pdf#page=11>, Zugriff am 22.07.2024

¹⁷ **In unserem Forderungsdokument konkretisieren wir jede unserer hier genannten Forderungen in mindestens drei Unterpunkten.** Siehe Fußnote 15.



Österreichs globale Verantwortung:

Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

Mit Entwicklungspolitik für mehr Stabilität in der Welt sorgen

Wie alle OECD-Staaten ist Österreich dazu verpflichtet, jährlich öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) in Höhe von 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) bereitzustellen. 2024 ist es **50 Jahre her, dass dieses Entwicklungsfinanzierungsziel erreicht sein sollte**. Im Vorjahr hat **Österreich eine ODA-Quote von voraussichtlich 0,38% des BNE** erreicht,¹⁸ der Durchschnitt der europäischen OECD-DAC-Länder liegt immerhin bei 0,47%.¹⁹ Die Zusage, 0,2 Prozentpunkte der vereinbarten 0,7% des BNE für Menschen in den ärmsten Ländern der Welt (*Least Developed Countries*, LDCs) bereitzustellen, hat Österreich ebenfalls noch nie erfüllt.

Europäischer Vergleich: Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

	Schweden	Deutschland	Dänemark	Irland	Schweiz	Österreich
ODA-Quote	0,91%	0,79%	0,74%	0,67%	0,60%	0,38%
pro Kopf	317 \$	309 \$	359 \$	392 \$	441 \$	103,5 \$

QUELLE: data-explorer.oecd.org

DIVERSIFIZIERUNG DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSHILFELEISTUNGEN

Neben dem BMEIA (stellt insbesondere bilaterale Mittel und jene für den AKF zur Verfügung, die über die ADA vergeben werden) und dem BMF (stellt multilaterale Mittel für internationale Finanzinstitutionen und Organisationen, z.B. UNO, bereit) haben sich in der aktuellen Legislaturperiode weitere Ministerien als Geber etabliert. Das BMK stockte 2023 das Budget für internationale Klimafinanzierung und bilaterale Klimaschutzprojekte um 40 Mio. Euro auf und das BML sicherte dem World Food Programme (WFP) im Rahmen einer *Strategischen Partnerschaft für Nahrungsmittelhilfe* jährlich 20 Mio. Euro bis 2025 zu (zuvor stellte es dem WFP 1,6 Mio. Euro zur Verfügung). 2024 stellt das BMSGPK 15 Mio. Euro für armutsreduzierende Maßnahmen bereit.

Zur österreichischen ODA zählen unter anderem die Ausgaben für Humanitäre Hilfe sowie für Maßnahmen der internationalen Entwicklung, etwa die **bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZA)**. Diese direkte Projekthilfe in Partnerländern – für die die **Austrian Development Agency (ADA)** das Gros der öffentlichen Mittel vergibt und die 2023 zu gut einem Viertel von österreichischen NGOs geleistet wurde²⁰ –, stieg in der aktuellen Legislaturperiode von 103 Mio. Euro (2019) auf 137 Mio. Euro (2024). In Zeiten globaler Krisen ist EZA ein unverzichtbares Instrument, um arme und fragile Länder zu stabilisieren, denn sie wirkt dreifach: EZA trägt beispielsweise dazu bei, Hungerkrisen vorzubeugen, Pandemien einzudämmen und Auswirkungen

18 OECD (o.D.): Official development assistance (ODA). Abgerufen unter: <https://www.oecd.org/en/topics/official-development-assistance-oda.html>, Zugriff am 22.07.2024

19 Das Development Assistance Committee (DAC) der OECD veröffentlicht jeden April die voraussichtlichen ODA-Quoten der OECD-Mitgliedstaaten für das Vorjahr, wobei die endgültigen Zahlen im Dezember folgen.

20 Austrian Development Agency (Mai 2024): Geschäftsbericht 2023. Abgerufen unter: https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2023_ADA_Geschaeftsbericht.pdf#page=29, Zugriff am 22.07.2024



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

der Klimakrise zu bewältigen.²¹

Arme und fragile Länder sind also auf die vereinbarte Entwicklungsfinanzierung angewiesen, um ihren Teil zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten beitragen zu können. Dieses ist die übergeordnete Maxime der **Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung** (*Sustainable Development Goals*, SDGs) der Vereinten Nationen, für deren weltweite Erreichung die EZA ein wesentlicher Faktor ist. Allerdings stagniert die Umsetzung der Agenda 2030 seit Beginn der COVID-19-Pandemie und macht teilweise sogar Rückschritte. Etwa **SDG 2, kein Hunger**: Im Jahr 2023 hatten bis zu 757 Millionen nicht genug zu essen,²² das ist jeder 11. Mensch auf der Welt. In afrikanischen Ländern hungerte sogar jede und jeder fünfte – Hungerzahlen, die jenen von 2009 entsprechen **SDG 5, Geschlechtergleich-**

stellung, gilt erst in sieben Ländern als erreicht. UN WOMEN warnt davor, dass bis 2030 fast jede vierte Frau von mäßiger bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sein und immer noch 221 Mio. Frauen und Mädchen in extremer Armut leben könnten.²³ Um die SDGs bis 2030 zu erreichen, müssten die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung 26-mal schneller sein. Dabei sind die Lösungen, um Frauenarmut zu beenden, weithin bekannt: Investitionen in politische Maßnahmen und Programme, die die Bildung, Familienplanung, faire und gleiche Löhne, erweiterte Sozialleistungen sowie die Handlungsfähigkeit und Führungsqualitäten von Frauen fördern.²⁴

Diese negative Tendenzen sind besorgniserregend, weil die Agenda 2030 Wege aus den globalen Krisen aufzeigt, die zunehmenden Hunger sowie steigende Armut und Ungleichheiten bekämpfen können. Sie, dass es einen zusätzlichen Motor für eine weltweite nachhaltige Entwicklung braucht: kohärente, also gut aufeinander abgestimmte politische Entscheidungen. **Nur wenn die Maßnahmen und Ziele aller Politikbereiche weltweit zu nachhaltiger Entwicklung beitragen und sie nicht behindern, kommen wohlhabende Länder wie Österreich wieder auf den Kurs der Agenda 2030**

WELCHE MENSCHEN PROFITIEREN BESONDERS VON HUMANITÄREER HILFE UND EZA?

Die österreichische Humanitäre Hilfe und EZA unterstützt insbesondere Frauen und vulnerable Menschen, also Kinder, Menschen mit Behinderungen, geflüchtete sowie ältere und kranke Menschen. Denn das **Risiko, bei Naturkatastrophen ums Leben zu kommen, ist für Frauen und Kinder 14-mal höher** als für Männer. 90% der **Menschen mit Behinderungen** im erwerbstätigen Alter in Ländern des Globalen Südens (in denen 80% der Menschen mit Behinderungen auf der Welt leben) sind arbeitslos und daher besonders stark von Armut betroffen.

QUELLEN: www.unwomen.de/klima-und-gender; www.unwomen.org; www.un.org/development/desa

21 **An die Erhöhungen in der letzten Legislaturperiode anknüpfend und mit Blick auf die derzeitige Krisenspirale empfiehlt die AG Globale Verantwortung der nächsten Regierung, die Mittel der ADA jährlich um 25 Mio. Euro zu erhöhen.** Siehe AG Globale Verantwortung (27.05.2024): Österreichs globale Verantwortung in einer vernetzten Welt. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/forderungen-nr-wahl-2024-verantwortung-in-einer-ernetzten-welt/>, Zugriff am 22.07.2024

22 FAO (2024): Hunger and food insecurity. Abgerufen unter: <https://www.fao.org/hunger/en/>, Zugriff am 25.07.2024

23 UN WOMEN (2023): Progress on the Sustainable Development Goals. The Gender Snapshot 2023. Abgerufen unter: <https://www.unwomen.org/sites/default/files/2023-09/progress-on-the-sustainable-development-goals-the-gender-snapshot-2023-two-page-spreads-en.pdf>, Zugriff am 24.07.2024

24 WIDE (2024): WIDE-Update 2/2024. Frauen*armut ist kein Schicksal! UN-Frauenstatuskommission fordert Weichenstellungen und Investitionen. Abgerufen unter: <https://wide-netzwerk.at/wp-content/uploads/2024/06/WIDE-Update-2-2024-Frauenarmut-ist-kein-Schicksal.pdf>, Zugriff am 24.07.2024



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

AKTUELLE PROBLEMSTELLUNGEN IN DER POLITIKKOHÄRENZ: ROHSTOFF- UND STEUERPOLITIK

E-Mobilität spielt für die **Energiewende** eine entscheidende Rolle. Im Jahr 2021 wurden weltweit 6,6 Mio. E-Autos verkauft. Das Problem: Hersteller benötigen für die Batterien besonders viele Rohstoffe, die in Ländern des Globalen Südens oft unter **Verletzung von Menschenrechts- und Umweltstandards** abgebaut werden. In den nächsten 20 Jahren könnte der Bedarf an Kupfer und Seltenen Erden um 40% steigen, der an Nickel und Kobalt um 60% bis 70% und der von Lithium um fast 90%. Daher braucht es verbindliche politische Ziele, die das Recycling dieser Rohstoffe fördern, und nicht ihre Gewinnung.

Die meisten Länder des Globalen Südens sind zudem bei internationalen Finanzinstitutionen sowie bei privaten und nationalen Investor*innen bzw. Kreditgeber*innen wie den EU-Staaten,

China und Russland verschuldet. 2024 war ihre **Schuldenlast so hoch wie noch nie zu vor**.⁴⁵ Länder geben über 15% ihrer Staatseinnahmen für Rückzahlungen aus, insgesamt sind es über eine Milliarde US-Dollar pro Tag. Um diese Last stemmen zu können, kürzen betroffene Länder ihre Ausgaben für Klimaschutz, Infrastruktur sowie für Sozial- und Gesundheitssysteme. So zahlten 32 afrikanische Länder im Jahr 2023 mehr Schulden zurück als sie für Gesundheit ausgaben, 25 afrikanische Länder mehr als für Bildung. Infolgedessen können zum Beispiel unzählige Frauen ihre Kinder weder im Krankenhaus noch mit einer Hebamme zur Welt bringen und Millionen Kinder nicht in die Schule gehen. Darüber hinaus führen **internationaler Steuerbetrug und Kapitalflucht** dazu, dass für jeden US-Dollar, der in afrikanischen Ländern investiert wird, drei US-Dollar den Kontinenten wieder verlassen.

QUELLEN: www.iea.org; www.iea.blob.core.windows.net; www.erlassjahr.de; www.debtjustice.org.uk; www.youtube.com

zurück.²⁵ Denn obwohl wohlhabende Länder gut abschneiden, wenn es um die Erreichung der SDGs im eigenen Land geht,²⁶ verursachen zum Beispiel Österreichs Handels-, Steuer- und Investitionspolitik sogenannte **negative Spillover-Effekte**. Diese entstehen unter anderem durch die Inkaufnahme schlechter Arbeits- und Produktionsstandards entlang internationaler Lieferketten, eine hohe Rohstoffnachfrage oder die illegale Müllentsorgung ins Ausland.²⁷ Negative Spillover-Effekte sind der Bremsklotz einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung.

Im internationalen Spillover-Ranking nimmt Österreich aktuell den schlechten 151. von 167. Plätzen ein,²⁸ was Österreichs internationaler Glaubwürdigkeit schadet. Verordnungen wie das EU-Lie-

²⁵ **Der dahingehende Grundsatz heißt Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung.** Siehe AG Globale Verantwortung (10.01.2023): Für eine Politik, die nachhaltige Entwicklung weltweit unterstützt: Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/hintergrundartikel-politik-die-nachhaltige-entwicklung-unterstuetzt/>, Zugriff am 22.07.2024

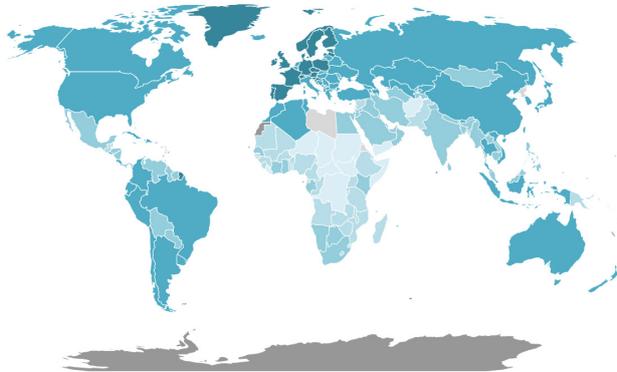
²⁶ **Österreich belegt den sechsten Platz im aktuellen SDG-Ranking, doch gilt hierzulande nur SDG 1 (keine Armut) als erreicht. Und das, obwohl zahlreiche Menschen immer noch von Armut betroffen sind. Die gravierendsten Herausforderungen bestehen bei SDG 12 (verantwortungsvoller Konsum) und SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz).** Siehe Sustainable Development Solutions Network (2024): Austria. Abgerufen unter: <https://dashboards.sdgindex.org/profiles/austria>, Zugriff am 22.07.2024

²⁷ **80.000 Tonnen Müll aus Österreich werden jedes Jahr illegal ins Ausland gebracht.** Siehe Stadt Wien (o.D.): Stopp den illegalen Abfallsexport. Abgerufen unter: <https://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/entsorgung/illegaler-abfallsexport.html>, Zugriff am 19.07.2024

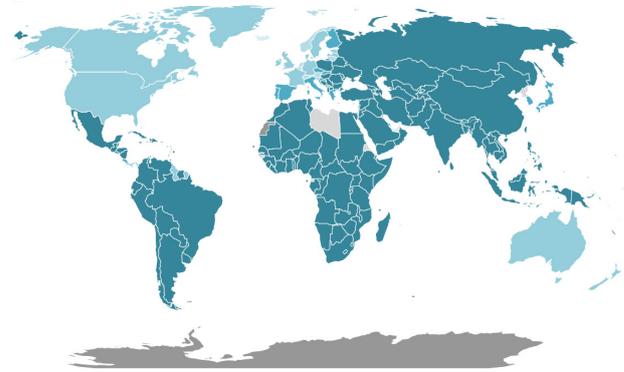
²⁸ Sustainable Development Solutions Network (2024): Sustainable Development Report 2023. Abgerufen unter: <https://dashboards.sdgindex.org/rankings/spillovers>, Zugriff am 11.07.2024



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.



Je dunkler ein Land eingefärbt ist, desto erfolgreicher ist es bei der Erreichung der SDGs. QUELLE: dashboards.sdgindex.org/map



Je heller ein Land gefärbt ist, für umso mehr negative Spillover-Effekte ist es verantwortlich. QUELLE: dashboards.sdgindex.org/map/spillovers

ferkettengesetz, die EU-Entwaldungsverordnung oder die Verhandlung eines UN-Steuerabkommens,²⁹ das von einer Gruppe afrikanischer Staaten initiiert worden ist, sind daher wichtige Hebel, um Österreichs globalen Fußabdruck künftig zu verbessern und Ungleichheiten sowie Armut zu bekämpfen.

Wie Österreich anpacken kann: Unsere Forderung für die Entwicklungspolitik

Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, Entwicklungszusammenarbeit und weitere Maßnahmen der internationalen Entwicklung verlässlich zu unterstützen. Sowohl durch verbesserte Rahmenbedingungen, zusätzliche Mittel als auch durch kohärente und glaubwürdige Politiken, die weltweit nachhaltige Entwicklung fördern.

Mögliche Fragen an Politiker*innen zur österreichischen Entwicklungspolitik

- Was, denken Sie, hat Österreich bislang gebremst, als wohlhabendes Land ins Spitzenfeld der Geberländer aufzurücken?
- Österreich hat die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen in der letzten Legislaturperiode zwar erhöht, sie liegen mit 0,38% des Bruttonationaleinkommens aber immer noch unter dem europäischen Durchschnitt von 0,47%. Sollte die Unterstützung eines wohlhabenden Landes wie Österreich nicht im Spitzenfeld liegen?
- Warum hat Österreich in 50 Jahren das internationale Ziel, Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von 0,7% des BNE bereitzustellen, noch nie erreicht? Was wird ihre Partei tun, um es zu erzielen?
- Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Österreich nicht nur innerhalb des Landes die SDGs erreicht sondern weltweit eine führende Rolle bei der Förderung nachhaltiger Entwicklung übernimmt? Sollen dabei Frauen und vulnerable Gruppen besonders berücksichtigt werden?
- Sogenannte negative Spillover-Effekte österreichischer Politiken untergraben die Bemühungen ärmerer Länder, die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Sehen Sie andere Politikbereiche in der Pflicht, Österreichs globalen Fußabdruck aktiv zu verringern?
- Unterstützen Sie eine lückenlose Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes, das dazu beiträgt, weltweit Menschenrechte, Klima und Umwelt zu schützen?

²⁹ Pooja Rangaprasad (17.07.2024): UN Tax Convention negotiations is a historic opportunity to reform the broken international tax system. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/kommentar-der-anderen-un-tax-convention-negotiations/>, Zugriff am 22.07.2024



Österreichs globale Verantwortung:

Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

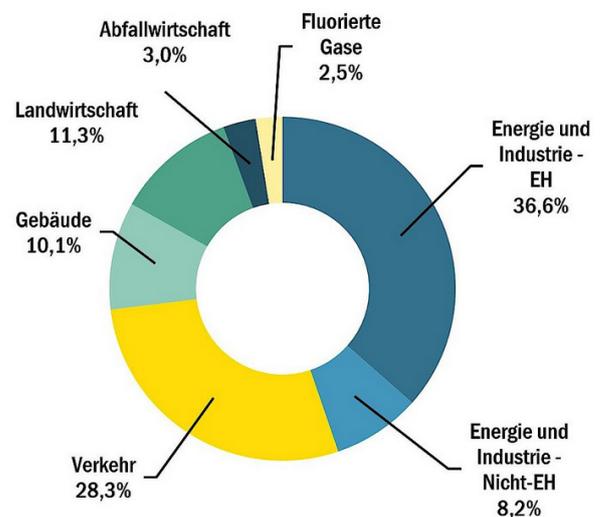
Klimagerechtigkeit als globale Verantwortung priorisieren

Wesentliche Bausteine einer kohärenten Politik sind Klimagerechtigkeit, -schutz und -finanzierung.

Wohlhabende Länder wie Österreich verursachen über 80% der globalen CO₂-Emissionen³⁰ und verantworten die Klimakrise daher zum überwiegenden Teil. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden, sprich ihre Nettoemissionen auf Null zu reduzieren. Die aktuellen Ziele und Maßnahmen der EU reichen jedoch nicht aus, um das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen: die durchschnittliche Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen. Als Zwischenziel streben die EU-Staaten an, bis 2030 ihre CO₂-Emissionen um 55% gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren, wobei jedem Land im Sinne einer Lastenteilung (*Effort Sharing*) ein angepasster Prozentsatz zugeteilt worden ist.

Bis Ende Juni 2024 hätte Österreich in einem *Nationalen Energie- und Klimaplan* (NEKP) darlegen sollen, wie es die **Klimaziele der EU** erreichen will – hat dies aber als einziger EU-Staat nicht getan. Ein seit Oktober 2023 vorliegender Entwurf des NEKP sieht unzureichende Maßnahmen vor, mit denen nur 35% statt der aufgetragenen Emissionsreduktion von 48% eingespart werden können.³¹ Und das, obwohl sich die aktuelle Regierung in ihrem Regierungsprogramm eine Klimaneutralität bis 2040 zum Ziel gesetzt hat. Vor diesem Hintergrund sind konkrete sektorspezifische Zwischenziele ausstehend, etwa gesetzliche Vorschriften wie eine Klimaschutz- und Energiegesetzgebung.³² Auf EU-Ebene ist die Regierung gefragt, sich für eine Erhöhung des 2030-Emissionsreduktionsziel auf 65% und für eine Klimaneutralität bis 2040 statt bis 2050 einzusetzen.

Wohlhabende Länder verpflichteten sich bereits 2008, ärmeren Ländern jährlich 100 Mrd. US-Dollar an Klimafinanzierung zur Verfügung zu stellen, um diese im Klimaschutz und, wo möglich, bei der Anpassung an die Klimakrise zu unterstützen. Erstmals erreichten sie dieses Finanzierungsziel im Jahr 2022 – zumindest auf dem Papier, denn nur bei einem Bruchteil der geleisteten Beiträge handelt es sich um *echte* Klimafinanzierung.³³ Mehr als drei Viertel sind Klimakredite, die den Ländern des Globalen Südens



Anteil der Sektoren an den gesamten CO₂-Emissionen Österreichs im Jahr 2022. Der Sektor Energie und Industrie ist in jene unterteilt, die Emissionshandel (EH) betreiben und die dies nicht tun. QUELLE: www.umweltbundesamt.at

³⁰ DeStatis (03.11.2022): Treibhausgase: G20 verursachen 81% der globalen CO₂-Emissionen. Abgerufen unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html, Zugriff am 22.07.2024

³¹ Climate Change Centre Austria (Feb. 2024): Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP) für Österreich - Wissenschaftliche Bewertung der in der Konsultation 2023 vorgeschlagenen Maßnahmen. Abgerufen unter: https://ccca.ac.at/fileadmin/00_Dokumente/Hauptmenue/02_Klimawissen/RefNEKP/Bericht/NEKP_Wissenschaftliche_Bewertung_der_Massnahmen_der_Stellungnahmen_Februar2024.pdf, Zugriff am 22.07.2024

³² Allianz für Klimagerechtigkeit (Okt. 2023): Prioritäten für Österreichs nationale und internationale Klimapolitik. Abgerufen unter: <https://klimaallianz.at/prioritaeten-fuer-oesterreichs-nationale-und-internationale-klimapolitik/>, Zugriff am 22.07.2024

³³ Oxfam (09.07.2024): Rich countries overstating "true value" of climate finance by up to \$88 billion, says Oxfam. Abgerufen unter: <https://www.oxfam.org/en/press-releases/rich-countries-overstating-true-value-climate-finance-88-billion-says-oxfam>, Zugriff am 22.07.2024



Österreichs globale Verantwortung:

Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

häufig nicht einmal zu günstigeren Bedingungen als den marktüblichen gewährt werden und zurückgezahlt werden müssen. Zudem gingen lediglich 10% der Gelder an Länder niedrigen Einkommens.³⁴

Österreichs Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung stieg

zwar von 2021 auf 2022 aufgrund des zunehmenden Engagements der Österreichischen Entwicklungsbank

sowie einer umfassenderen Erfassung der mobilisierten privaten Mittel deutlich, die Summe der entscheidenden Zuschüsse jedoch kaum.³⁵ Nur ein Drittel der 495 Mio. Euro, die Österreich im Jahr 2022 insgesamt bereitstellte, waren nichtrückzahlbare Zuschüsse. Großes Thema bei der kommenden Weltklimakonferenz in Baku im November 2024 werden die Verhandlungen über ein neues globales Klimafinanzierungsziel (New Collective Quantified Goal on Climate Finance, NCQG) sein, welches ab 2026 gelten und über die 100 Mrd. US-Dollar jährlich hinausgehen soll. Positiv zu bewerten sind Österreichs jüngste Zusagen zur Aufstockung des *Loss and Damage Fund* (10 Mio. Euro)³⁶ sowie des *Green Climate Fund* (160 Mio. Euro)³⁷.

Ein wesentlicher Treiber der Klimakrise ist die Zerstörung der Umwelt. Entwaldung ist weltweit der zweitgrößte CO₂-Emissionen-Verursacher und führt nicht nur zu einem Biodiversitätsverlust sondern häufig auch zu Menschenrechtsverletzungen. So erleben insbesondere indigene Menschen in Südamerika und Südostasien oftmals Unterdrückung, Vertreibung und Gewalt. Um gegen diese sozialen und ökologischen Folgen vorgehen zu können, hat die EU im Juni 2023 die **EU-Entwaldungsverordnung** verabschiedet. Sie soll dafür sorgen, dass kein Holz, Kautschuk, Kakao, Kaffee, Soja, Palmöl und keine Rinder auf den EU-Markt kommen, die mit Entwaldung oder Waldschädigung in Verbindung stehen.³⁸ Unternehmen, die mit diesen oder mit aus diesen gewonnenen Produkten handeln, haben seit Inkrafttreten der Verordnung am 1. Dezember 2024 strenge Sorgfaltspflichten zu erfüllen. Österreich hat die Verordnung auf EU-Ebene mitbeschlossen, doch aufgrund der Blockadehaltung der zuständigen Ministerien fehlen hierzulande die notwendigen Ressourcen für eine rechtzeitige Umsetzung.³⁹



QUELLE: www.bmk.gv.at

³⁴ OECD (29.05.2024): Climate Finance and the USD 100 Billion Goal. Abgerufen unter: <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/19150727-en.pdf>, Zugriff am 22.07.2024

³⁵ BMK (Okt. 2023): Bericht zur internationalen Klimafinanzierung. Berichtsjahr 2022. Abgerufen unter: https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:0c741a8d-e6e6-4faa-9ebe-1750c1dad987/Klimafinanzierungsbericht_2022.pdf, Zugriff am 22.07.2024

³⁶ BMK (22.02.2024): BMK stellt 10 Millionen Euro für Loss & Damage-Fonds bereit. Abgerufen unter: https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/2024/0222_Idf.html, Zugriff am 22.07.2024

³⁷ BMK Infothek (12.04.2023): Österreich stockt Beitrag für Green Climate Fund auf. Abgerufen unter: <https://infothek.bmk.gv.at/oesterreich-stockt-beitrag-fuer-green-climate-fund-auf/>, Zugriff am 22.07.2024

³⁸ Südwind (o.D.): Waldschutz in Gefahr. Abgerufen unter: <https://www.suedwind.at/aktiv-werden/petitionen/waldschutz/>, Zugriff am 22.07.2024

³⁹ Südwind (o.D.): Brief. Die bahnbrechende EU-Entwaldungsverordnung wird nur dann Wirkung zeigen, wenn die Mitgliedstaaten jetzt mit der Umsetzung beginnen! Abgerufen unter: <https://www.suedwind.at/wp-content/uploads/2024/06/Gemeinsamer-Brief-an-BM-Totschnig-Umsetzung-der-EU-Entwaldungsverordnung-2.240328.pdf>, Zugriff am 22.07.2024



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

Wie Österreich anpacken kann: Unsere Forderung für Klimagerechtigkeit

Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, sich entsprechend der österreichischen Mitverantwortung an der Klimakrise für Klimagerechtigkeit stärker einzusetzen. Zum Beispiel durch zusätzliche Klimaschutz- und Klimafinanzierungsmaßnahmen, die Menschen in Ländern des Globalen Südens dabei unterstützen, sich an die Auswirkungen der Klimakrise anzupassen oder Schäden und Verluste zu bewältigen.

Mögliche Fragen für Politiker*innen zu Klimagerechtigkeit

- *Die Klimakrise macht nicht an Grenzen halt. Sind Sie dafür, arme Länder stärker zu unterstützen, damit sie den Auswirkungen von Wetterextremen besser vorbeugen und sich schützen können?*
- *Österreich hat bei der Klimafinanzierung viel versprochen, aber wenig eingelöst. Was wird Ihre Partei konkret tun, um echte Hilfe statt Kredite an arme Länder zu leisten?*
- *Wie will Ihre Partei im Sinne einer weltweit nachhaltigen Politik sicherstellen, dass Österreich seine Klimaziele erreicht, zum Beispiel die Reduktion der CO₂-Emissionen um 48% bis 2030?*
- *Werden Sie die Blockadehaltung zur Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung beenden, genügend Ressourcen für Ihre Umsetzung bereitstellen und so dafür sorgen, dass Österreich eine Vorreiterrolle im weltweiten Klima- und Umweltschutz einnimmt?*

Demokratie fördern und Zivilgesellschaft stärken

Zivilgesellschaftliche und gemeinnützige Organisationen, darunter auch unsere 36 Mitgliedsorganisationen, nehmen wichtige gesellschafts- und demokratiepolitische Aufgaben wahr und tragen damit wesentlich zum Funktionieren von Gesellschaften bei. **In Österreich trägt dieser sogenannte dritte Sektor, in dem 6% der unselbständig Beschäftigten arbeiten, über 10 Mrd. Euro zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei (ca. 4% des BIP).**⁴⁰ Darüber hinaus engagiert sich ein Drittel der österreichischen Bevölkerung freiwillig in der Freizeit in Vereinen, manche von ihnen für die Zivilgesellschaft.

Zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik stärkt die **Fähigkeit der österreichischen Bevölkerung, globale Zusammenhänge kritisch zu hinterfragen**. Es schafft Bewusstsein für Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten angesichts sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen. In Österreich sind entsprechende Bildungsangebote regional unterschiedlich verfügbar und es fehlen Möglichkeiten, entwicklungspolitische Themen im Schulalltag zu integrieren. Zudem bleibt Lehrpersonen oft zu wenig Zeit für Fortbildungen zu politischer und demokratischer Bildung oder zu Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Eine wesentliche Herausforderung ist, dass in vielen Ländern, auch in Europa, die **Zivilgesellschaft massiv unter Druck** steht. Die internationale Allianz Civicus beobachtet weltweit ihre Situation anhand folgender Fragen: Achten Gesetzgebung, Rechtsprechung, Politik und staatliche Organe die Vereinigungsfreiheit, friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung? In welchem Ausmaß schützen Staaten diese Grundrechte? Infolge stuft Civicus den zivilgesellschaftlichen Handlungsspiel-

⁴⁰ www.gemeinnuetzig.at, Zugriff am 11.07.2024



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

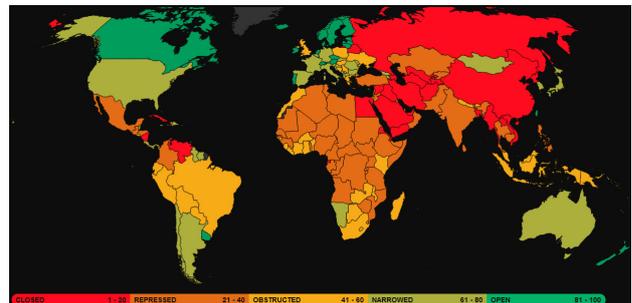
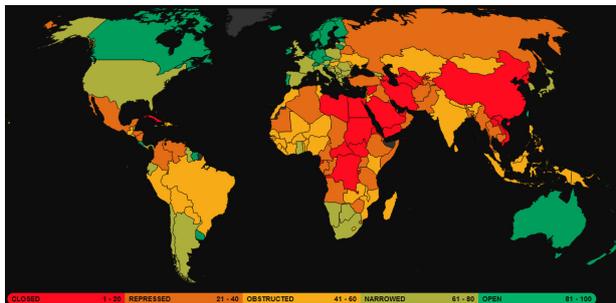
raum (*Civic Space*) nach fünf Kategorien ein: offen, reduziert, eingeschränkt, unterdrückt und geschlossen.

Heute leben 97,9%⁴¹ der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft nicht ungehindert agieren kann. Fast ein Drittel lebt in Ländern mit geschlossenem

Raum, 405 Mio. Menschen mehr als vor der COVID-19-Pandemie. Zudem berichten unsere Mitgliedsorganisationen, dass für ihre Partner*innen in Ländern des Globalen Südens **Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen** mittlerweile zur Tagesordnung gehören. Seit 2015 hat das Business & Human Rights Resource Centre weltweit 5.016 Attacken auf Menschenrechtsverteidiger*innen registriert, darunter 943 Morde.⁴² 82 dieser Attacken trugen sich in der EU zu, im gesamten europäischen Raum waren es sogar 569.

Der zivilgesellschaftlicher Raum ist in ...	In diesen Ländern leben ...
... 37 Ländern offen	... 2,1% der Weltbevölkerung
... 43 Ländern reduziert	... 12,1% der Weltbevölkerung
... 40 Ländern eingeschränkt	... 14,8% der Weltbevölkerung
... 50 Ländern unterdrückt	... 40,3% der Weltbevölkerung
... 28 Ländern geschlossen	... 30,6% der Weltbevölkerung

QUELLE: monitor.civicus.org



Die Weltkarten von Civicus zeigen, wie der aktuelle zivilgesellschaftliche Raum seit 2018 (links) weltweit geschrumpft ist (rechts: aktuell). QUELLE: monitor.civicus.org

Der eingeschränkte Raum der Zivilgesellschaft spiegelt sich auch in der Pressefreiheit eines Landes wider: Eine jährlich erscheinende Liste von Reporter ohne Grenzen zeigt, dass die **Pressefreiheit weltweit in nur acht Ländern gut und in 37 zufriedenstellend** ist.⁴³ In weiteren 99 Ländern ist sie problematisch oder schwierig. In 36 Ländern der Welt stuft Reporter ohne Grenzen die Situation der Pressefreiheit als ernst ein, das sind acht Länder mehr als 2022. Österreich landete im Jahr 2024 auf Platz 32; dem schlechtesten, den das Land je erzielte. Die NGO bemängelt, dass sich die österreichische Regierung nicht offensiv für eine Stärkung der Medienvielfalt und -unabhängigkeit einsetzt.⁴⁴

Transparency International warnt wiederum, dass **fehlende Transparenz und Korruptionsskanda-**

⁴¹ Civicus (Stand 24.07.2024): Rights Reversed. A Downward Shift in Civic Space (2019-2023). Abgerufen unter: <https://monitor.civicus.org/rights-reversed-2019-to-2023/>, Zugriff am 11.07.2024

⁴² BHRRC (o.D.): Civic Freedoms & HRD Data. Abgerufen unter: <https://www.business-humanrights.org/en/from-us/human-rights-defenders-database/>, Zugriff am 11.07.2024

⁴³ Reporter ohne Grenzen (03.05.2024): Weltrangliste der Pressefreiheit 2024. Abgerufen unter: <https://www.rog.at/pm/weltrangliste-der-pressefreiheit-2024/>, Zugriff am 22.07.2024

⁴⁴ Siehe Fußnote 43.



Österreichs globale Verantwortung: Globale Krisen. Weltweite Armut und Hunger. Hitze.

le zu Politikverdrossenheit in Österreich führen würden. Österreich erzielte 2024 im internationalen Korruptionsranking den 20. Platz, 2019 lag es noch auf dem 12. Platz.⁴⁵ Pressefreiheit und Transparenz sind wichtige Voraussetzungen, damit zivilgesellschaftliche Organisationen in Österreich und weltweit Armut sowie Ungleichheiten bekämpfen und so zu nachhaltiger Entwicklung beitragen können.

Wie Österreich anpacken kann: Unsere Forderung für Demokratie und Zivilgesellschaft

Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, Projekte zur Stärkung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten weltweit sowie zu Bildungs- und Informationsarbeit in Österreich auszubauen. Diese schaffen eine wesentliche Grundlage für nachhaltige Entwicklung und fördern die Demokratie und Zivilgesellschaft.

Mögliche Fragen für Politiker*innen zur Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft

- *Demokratische Rechtsstaaten werden zunehmend durch autokratische Regime ersetzt. Wie wollen Sie Demokratie und Rechtsstaat innerhalb und außerhalb der EU stärken und Demokratiezerstörung wirksam bekämpfen?*
- *Wie wollen Sie mit Staaten mit mangelnder Pressefreiheit und Transparenz umgehen?*
- *Bildung zu globalen Zusammenhängen ist entscheidend für eine informierte Bevölkerung in Zeiten weltweiter Krisen und zunehmender Konflikte. Werden Sie sicherstellen, dass diese Themen einen festen Platz im österreichischen Bildungssystem bekommen?*

⁴⁵ Transparency International fordert einerseits eine Entkopplung der Weisungsspitze der Staatsanwaltschaften von der*dem Bundesminister*in für Justiz. Andererseits, das Lobbying-Gesetz nachzuschärfen und eine öffentliche Kontrolle von Lobbying-Aktivitäten zu ermöglichen. Siehe Transparency International Austria (30.01.2024): Ernüchterndes Ergebnis im Korruptionsranking – Lediglich Platz 20. Abgerufen unter: <https://ti-austria.at/2023/01/30/korruptionsindex-cpi-2023-ergebnisse>, Zugriff am 22.07.2024